

• Monatsbericht über die Entwicklung in Polen

Januar 1957

A. <u>Innere Entwicklung</u>	<u>Seite:</u> 1
I. <u>Politisches Leben</u>	1
1) GOMULKAs Wahlsieg bringt Stabilisierung	1
a) Stimmung in Polen vor den Wahlen	1
b) Stalinisten schütten sich ein	2
c) GOMULKA schlägt zurück	3
d) Die Kirche gibt ihre Unterstützung	5
e) Außenpolitische Aspekte der polnischen Wahlen	7
f) Letzter verzweifelter Appell GOMULKAs	9
g) Nach der Wahl	10
h) Wahlergebnis	11
2) Über den "polnischen Weg"	12
3) Wird der Parteiapparat liquidiert?	12
4) Auch CYRANKIEWICZ sollte liquidiert werden	12
5) Verschärfung . in der Justiz	13
6) Polnische Streitkräfte bekommen neue Uniformen	13
II. <u>Wirtschaft</u>	
1) Arbeiterselbstverwaltung stösst auf Schwierigkeiten	14
2) Kein Schematismus	14
3) Der Investplan für das Jahr 1957	16
4) Neue Richtlinien für die Landwirtschaftspolitik	18
III. <u>Kulturelles Leben, soziale Probleme</u>	19
1) Entstalinisierung der Wissenschaft	19
2) ... und im Schulwesen	20
<u>Polen und Ausland</u>	20
1) Grosser Freund China enttäuscht	20
2) Versöhnung mit der KPF	23
3) ... und waren nicht eingeladen	23
4) Amerikanische Kredite für Polen	24
5) ... und wieder normal schreiben...	24

I. Politisches Leben

1) KOMULKA Wahlsieg bringt Stabilisierung

a) Stimmung in Polen vor den Wahlen

Die satirische Zeitschrift "Szpilki" bringt unter dem gemeinsamen Titel "Veränderungen" in einer ihrer Januarnummern zwei Zeichnungen. Unter dem einem Bild steht nur: Oktober 1956. Auf diesem Bild sieht man eine Gruppe Demonstranten, die unter Jubelrufen ihre Bereitschaft bekundet, der Regierung aus der schwierigen wirtschaftlichen Lage zu helfen: "Wir helfen", "wir unterschreiben ein Staatsdarlehn" usw. Auf dem zweiten Bild sehen wir dieselben Gesichter, dieselben erhobenen Arme, aber diesmal heisst es: "Wir verlangen Gehaltserhöhung, wir verlangen Auszahlung der zurückgehaltenen Prämien", "wir verlangen". Unter diesem Bild steht: Dezember 1956.

Der herbstliche Freiheitstaumel war verflogen. Man erinnerte sich wieder an die Sorgen des Alltags, und diese Sorgen waren trotz des Oktoberumschwungs nicht klein. Je näher der Wahltag rückte, desto eindeutiger wurde es, dass zwischen der Partei und Regierung einerseits und der Masse des Volkes andererseits eine immer grössere Kluft entstand. Das Volk hatte es einfach satt, sich weiter von denjenigen regieren zu lassen, die es 12 Jahre lang unterdrückt hatten. KOMULKA und einige seiner Vertrauten genossen auch weiterhin die Sympathien und das Vertrauen der Bevölkerung. Der Rest der Parteit Spitze und der gesamte Parteiapparat dagegen aber nicht. Es war offensichtlich, dass das Volk dies am 20. Januar bei den Parlamentswahlen zum Ausdruck bringen würde.

Die Wahlordnung gab den Wählern die Möglichkeit, ihnen nicht genehme Kandidaten von der Einheitsliste zu streichen, um so die Kommunisten im neuen Sejm in der Minderheit erscheinen zu lassen. In diesen Einheitslisten der "Nationalen Front" waren nicht nur Kandidaten der drei amtlich zugelassenen Parteien aufgestellt (neben den Kommunisten noch die Bauernpartei und die Demokratische Partei), sondern auch Parteilose, unter denen sich eine Anzahl katholischer Vertreter befanden. Würde man nun alle nichtkommunistischen Kandidaten wählen, so würden die Kommunisten nur ein Drittel der Mandate im Sejm bekommen.

Unter den Bauern, die immer noch die stärkste Bevölkerungsgruppe in Polen sind, war noch fast bis Mitte Januar die Meinung verbreitet: Wir wählen keinen Kommunisten. Die Arbeiter waren bereit, die Kandidaten zu wählen, die aus ihrer Mitte aufgestellt wurden, waren jedoch keineswegs bereit, den sogenannten Zentralkandidaten ihre Stimmen zu geben. Die Zentralkandidaten waren aber die Vertreter der Parteit Spitze und des Parteiapparates. Der noch vorhandene Rest des Mittelstandes würde nun bestimmt keine Kommunisten wählen

und die Intelligenz würde meistens ihre Stimme den Kandidaten der Arbeiterpartei und der Parteilosen geben. Das Bild war für GOMULKA nicht gerade vielversprechend.

Aber nicht nur die Massen schienen bereit zu sein, den Kommunisten den Laufpass zu geben, sondern auch die Leitungen der "verbündeten" Blockparteien, die 12 Jahre lang ein kümmerliches Satellitendasein geführt hatten, wollten jetzt ihre Chancen wahrnehmen, die ihnen der etwas liberalere Wahlmodus gab. Die Kampf Stimmung, die in der Bauernpartei herrschte, liess "Nowa Kultura" am 6. Januar in einem Artikel ahnen.

"Während des Krieges drohte uns Kommunisten - die Gestapo mit dem Galgen. Diese Drohung wurde auch oft genug in die Tat umgesetzt. Nach dem Kriege versprach man uns das aus London z.B. der General Anders.

Jetzt, wie wir hören, hat man uns dies auch auf der Sitzung des Kreisvorstandes der Bauernpartei in Bielsko-Biala in Aussicht gestellt. Wir hoffen, auch das zu überleben..."

Laut Pressenotizen hat sich auch der nur für ein paar Wochen existierende und inzwischen aufgelöste Verband der Jungen Demokraten, der der Demokratischen Partei nahestand, in ähnlichem Sinne in die Wahlpropaganda eingeschaltet.

Aber nicht nur das. Auch unter den kommunistischen Kandidaten gab es verschiedene, die ihre negative Einstellung zur Vergangenheit der stalinistischen Epoche so weit treiben liessen, dass sie sich offen gegen die Parteispitze auflehnten. Der Erste Ministerpräsident im Nachkriegspolen, der ehemalige Sozialist OSOBKA-MORAWSKI, musste im Januar von der Liste der Parlamentskandidaten gestrichen werden, weil er während der Wahlversammlungen "Ansichten vertrat, die im krassen Gegensatz zur Parteilinie stehen und geeignet waren, die Beziehungen zur SU zu stören."

b) Stalinisten schalten sich ein

Die im Oktober 1956 in die Opposition gedrängte Gruppe der polnischen Stalinisten, die sogenannte Natolingruppe, sah jetzt ihre Chance kommen. Eine Wahlniederlage der Partei versprach eine Situation, die den Sturz des ihnen verhassten GOMULKAs herbeiführen könnte. Sie hätte dann - ähnlich wie KADAR - als "Retter" der bedrohten sozialistischen Errungenschaften auftreten können. Die "Natohiner" traten gut organisiert und vorbereitet auf. Ihre Offensive gegen GOMULKA verlief in zwei Richtungen. Den Massen der Bevölkerung gegenüber traten sie getarnt auf. Die von den Stalinisten gedruckten Flugblätter, Broschüren usw. forderten die Bevölkerung auf, den Männern kein Vertrauen zu schenken, die gestern noch eifrige Stalinisten waren und heute von Demokratie sprechen. Das sollte Öl auf ein Feuer giessen, das sowieso schon entflammt war.

Den Parteimitgliedern gegenüber versuchten die Natoliner, GOMULKA als einen Opportunisten hinzustellen, der im Begriff stehe, alle sozialistischen Errungenschaften im Stich zu lassen. Eine der viel kolportierten Karikaturen zeigt einen grossen Priester, der den Kardinal WYBZYNSKI verkörpern soll, wie er einen ganz kleinen GOMULKA an der Hand führt. Unterschrift: "Sein Weg zum Sozialismus".

Dazu schrieb "Trybuna Ludu" am 13. Januar:

"Es gibt Kräfte, die die Wiederkehr des alten Systems anstreben. Um wieviel leichter könnte man ohne Offenheit im öffentlichen Leben und ohne eine Kontrolle der Arbeiterklasse regieren. Diese Kräfte kommen jetzt zum Vorschein und versuchen, einen hinterlistigen Kampf gegen die Parteiführung zu inszenieren, die sich zu Verfechtern des Fortschritts und der Demokratisierung machten. Als Kampfmittel wenden sie Verleumdungen und Schmeicheleien an."

"Zycie Warszawy" schreibt am 16. Januar:

"Es genügt, sich das Stenogramm des VIII. Plenums vor Augen zu halten und an die damaligen dramatischen Kämpfe zu erinnern, um zu begreifen, dass es zwei Vorstellungen über den Begriff der Souveränität gibt. Für welchen sollen wir uns entscheiden? Die Anhänger des alten Kurses könnten bei unserer Wahlniederlage sagen: Seht, das Volk will euch nicht, ihr sollt jetzt abtreten und uns Platz machen. Täuschen wir uns nicht. Diejenigen, die das sagen würden, sind nicht so vereinsamt, weder bei uns in Polen, noch ausserhalb unserer Grenzen."

Am gleichen Tage schrieb "Trybuna Ludu":

"Was bedeutet die Aufforderung zur Streichung der Spitzenkandidaten von der Liste? Es ist der Versuch, die nächsten Mitarbeiter Gomulkas aus dem Parlament zu drängen. Gomulka - ohne demokratischen und fortschrittlichen Parteileiter - das wünscht sich der konservative Flügel der Partei. Sie wissen ja ganz genau, dass niemand alleine, ohne ein Mitarbeiterkollektiv, die Bürde der Verantwortung für die Entwicklung unseres Landes würde tragen können."

c) GOMULKA schlägt zurück

In diesem Hexenkessel, der durch den immer schärfer werdenden Wahlkampf verursacht wurde, konnte GOMULKA nicht untätig zusehen. Dies hätte ohne Zweifel zu einer Niederlage geführt. Ein passives Verhalten entsprach aber auch nicht seiner Kämpfernote. Am 9. Januar führte er seine erste Wahlversammlung durch und holte zu einem Gegenschlag gegen alle diejenigen aus, die sich gegen ihn und seine Mitarbeiter stellten.

"Das Politbüro der Partei hat als Spitzenkandidaten nur die besten, in der

politischen und sozialen Arbeit bewährten Männer aufgestellt. Es kommt vor, dass man an die Adresse dieser Männer verschiedene Vorwürfe richtet. Niemand ist und kann von Fehlern frei sein. Man kann es als Regel annehmen, dass diejenigen, die viel tun, auch mehr Fehler begehen können, als diejenigen, die sich völlig passiv verhalten. Sollen deswegen diejenigen, die überhaupt nichts tun, besser sein?"

Und dann wandte sich GOMULKA an die Wähler:

"Streicht keinen Kandidaten der Arbeiterpartei. Gebt den Wahlzettel ohne Streichungen ab."

Dieser Appell bedeutete, dass man jeglichen Wahlkampf, dem man durch die Wahlordnung einen gewissen freien Raum gelassen hatte, völlig aufgeben sollte. Wer auf dem Wahlzettel keinen Namen strich, gab automatisch denjenigen seine Stimme, die oben an standen. Das waren aber hauptsächlich kommunistische Kandidaten. Wählen ohne Streichen, das bedeutete praktisch ein Verzicht auf Wählen, eine Rückkehr zu den allzugut bekannten Methoden der "Wahlen" aus der stalinistischen Zeit. Konnte GOMULKA seinen Wählern so etwas zumuten? In seinem letzten Wahlappell hat er Worte gesprochen, die bewiesen, dass er das musste.

Fünf Tage später erschien GOMULKA wieder vor der Bevölkerung Warschaus und wurde um einen Grad deutlicher, wenn er sagte:

"Diese Wahlen haben eine besondere Bedeutung. Es sind keine gewöhnlichen Wahlen. Das Volk muss sich jetzt für oder gegen das auf dem VIII. Plenum aufgestellte Programm der Erneuerung unseres Lebens aussprechen."

Und jetzt fielen Worte, die man in einer anderen Situation als einen Erpressungsversuch an den Wählermassen auslegen müsste:

"Wir haben die Theorie über die Verschärfung des Klassenkampfes im Laufe des fortschreitenden Aufbaues des Sozialismus in der ersten Entwicklungszeit weggeworfen. Wir glauben, dass wir es richtig gemacht haben. Das bedarf aber der Bestätigung durch die Praxis des Lebens. Diese Theorie der Verschärfung des Klassenkampfes wurde von Stalin aufgestellt. Unsere Meinung von der Unrichtigkeit dieser Theorie ist noch nicht bewiesen. Nur die Arbeiterklasse, nur die werktätigen Massen in den Städten und auf dem Lande können ihre Unrichtigkeit beweisen, wenn sie dem richtigen Programm der Partei und der Regierung eine geschlossene und breite Unterstützung zukommen lassen."

"Bei den Wahlen handelt es sich nicht darum, ob die Volksregierung und unsere Partei zusammen mit anderen Parteien der Nationalen Front an der Macht bleiben. Die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse wird niemals die Macht an die Reaktion und Restauratoren des Kapitalismus

in Polen abgeben. Wir werden diese Macht nicht deshalb abgeben, weil sie so süß ist. Uns, die wir an der Spitze der Partei stehen, ist sie oft bitter genug. Wir werden die Macht deswegen nicht abgeben, weil jede andere Regierung für Polen ein Unglück und eine Tragödie bedeuten würde."

"Bei diesen Wahlen geht es darum, ob die Volksmacht alle Möglichkeiten erhält, ihr neues Programm zu realisieren, ob wir die Demokratisierung unseres Lebens weiterhin erweitern können, oder ob wir gezwungen werden, sie einzuschränken."

"Nur ein sozialistisches Polen, das gutnachbarliche und freundschaftliche, auf Gleichberechtigung beruhende Beziehungen zur SU pflegt, wird existieren und florieren können."

Der zuletzt zitierte Satz war ein ziemlich deutlicher Hinweis für die Wähler, weshalb sie bei der Wahl keine Streichungen vornehmen sollten. Es sollte aber noch deutlicher kommen.

d) Die Kirche gibt ihre Unterstützung

An demselben Tage, also am 14. Januar - sechs Tage vor den Wahlen - als GOMULKA fast unverhüllt die Wähler auf die Gefahr einer sowjetischen Intervention im Falle einer kommunistischen Wahlniederlage hinwies, empfing Ministerpräsident CYRANKIEWICZ den Kardinal-Prymas von Polen, Stefan WYSZYNSKI. In einem kurzem Kommuniqué hiess es nur, man habe eine Reihe von Fragen besprochen, die aus dem Verhältnis zwischen Staat und Kirche entstehen. Um welche Fragen es sich hauptsächlich gehandelt hatte, ging aus dem am gleichen Tage verfassten Appell des polnischen Episkopats hervor:

"Am Sonntag, dem 20. Januar, sollen die allgemeinen Parlamentswahlen stattfinden. Die Katholiken sollen an diesem Tage ihre Pflicht erfüllen und an den Wahlen teilnehmen. Die katholischen Geistlichen werden die Gottesdienste so einrichten, dass alle Gläubigen ohne Hindernis sowohl ihrer religiösen als auch ihrer Wahlpflicht werden nachkommen können."

Unterzeichnet vom Bischof Zygmunt CHOROMANSKI, Sekretär des Episkopats.

Die parteiamtliche "Trybuna Ludu" veröffentlichte diesen Aufruf sogar zweimal, was einer gewissen Pikanterie nicht entbehrt.

GOMULKA erntete die Ergebnisse seiner versöhnlichen Politik der Kirche gegenüber. Da die Kirche auf dem Lande immer noch der mächtigste moralische und politische Faktor ist, kann die Unterstützung, die GOMULKA von dieser Seite gewährt wurde, ohne Übertreibung als ausschlaggebend bezeichnet werden.

Schon einige Tage vor dem Aufruf des Episkopats hat sich einer der führenden katholischen Intellektuellen, und zwar der in der stalinistischen Zeit jahrelang

totgeschwiegene Schriftsteller Jerzy ZAWIEYSKI, im Namen der katholischen Bevölkerung Polens für GOMULKA ausgesprochen. ZAWIEYSKI, der selbst zu den Parlamentswahlen kandidierte - und zwar im gleichen Bezirk wie GOMULKA - sagte am 12. Januar in einem Fernsehinterview:

"Wir sind der Meinung, dass es unter den gegenwärtigen historischen Bedingungen in Polen keine andere als nur eine sozialistische Ordnung - und zwar nach dem polnischen Modell - geben kann. Trotz der unterschiedlichen Weltanschauungen von Katholiken und Marxisten wollen wir im Bereich der sozialistischen Ordnung in allem zusammenarbeiten, was für den Einzelmenschen und für die Gesellschaft gut, moralisch und schöpferisch ist, sowie ermöglicht, die Volksmassen auf ein höheres Niveau im ökonomischen, kulturellen und politischen Leben zu heben."

"Wir sind uns auch darüber im klaren, dass die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei die einzige Kraft in unserem Lande ist, die die Fähigkeit besitzt, die Geschicke unseres Volkes zu lenken. Wir geben ihr unser Vertrauen und wollen mit ihr in allem zusammenarbeiten, was das allgemeine Wohl im Auge hat. Das gebietet uns nicht nur das Gefühl für die Staatsraison, sondern auch der politische Realismus und unser Glaube an den guten Willen der anderen."

Das bedeutete eine volle, wenn auch verklausulierte Unterstützung GOMULKAS. Noch einmal wiederholte ZAWIEYSKI seinen Appell an die polnischen Katholiken, als er am 14. Januar zusammen mit GOMULKA in Warschau auf einer Wahlversammlung sprach:

"Ich vertrete hier jene Gruppierung der Nationalen Einheitsfront, die sich zur katholischen Weltanschauung bekennt. Ich spreche also im Namen dieses grossen Teiles der Bevölkerung, der aufgrund seines Bürger- und Nationalbewusstseins zu den Wahlen schreitet. Ich wende mich an diejenigen Polen, die sich zu der gleichen Weltanschauung bekennen wie ich, und ebenso an alle Parteilosen mit der Behauptung, dass es unter den gegenwärtigen Bedingungen in Polen kein anderes politisches Kräfteverhältnis, keine andere Gesellschaftsordnung geben kann, als nur die, in der wir leben, nämlich das polnische Modell der sozialistischen Ordnung. Die Arbeiterpartei und ihre nach dem VIII. Plenum gewählte Führung ist die politische Kraft, die die Fähigkeit besitzt, die Geschicke Polens zu lenken, ohne das Land irgendwelchen Gefahren und Erschütterungen auszusetzen. Die katholische Bevölkerung und die Masse der Parteilosen vertrauen der politischen Führung und sind überzeugt, dass dieser Vertrauensbeweis nicht enttäuscht wird."

Die Unterstützung des Episkopats und der katholischen Intellektuellen entstand tatsächlich nur aus dem Verantwortungsbewusstsein für die Geschicke

des Landes. Die katholischen Stimmen wurden nicht erkaufte. Die Zahl der katholischen Kandidaten zu den Parlamentswahlen standen in keinem Verhältnis zu dem Stimmenanteil der katholischen Wähler. Am 13. 1. wurden in der wiedererschienenen katholischen Wochenzeitschrift "Tygodnik Powszechny" (Diese Zeitung wurde nach dem Tode Stalins verboten, weil die Redaktion sich geweigert hatte, einen Nachruf für den verstorbenen Diktator zu veröffentlichen), von dem führenden katholischen Schriftsteller Antoni Golubiew folgende Gedanken veröffentlicht:

"In dem Parlament, das wir in acht Tagen wählen werden, wird es nur wenige katholische Abgeordnete geben. Bei einer Abstimmung wird ihre Zahl nicht ins Gewicht fallen, das wissen wir ganz genau. Unter den gegebenen Umständen kann es auch nicht anders sein..."

"Unter den gegenwärtigen Bedingungen", "unter gegebenen Umständen" - alles das deutet auf eine Zwangslage Polens hin, in der es sich auf Grund des sowjetischen Druckes der geopolitischen Lage befindet.

e) Aussenpolitische Aspekte der polnischen Wahlen

Während der Wahlkampagne wurde von der polnischen Presse auch darauf hingewiesen, dass diese Wahlen nicht nur für Polen von Bedeutung sind, sondern, dass sie auch gewisse aussenpolitische Aspekte besitzen. In diesem Zusammenhang schreibt "Trybuna Ludu" am 8. Januar:

"In aller Welt verfolgen sowohl unsere Freunde wie auch die Feinde des Sozialismus und Polens aufmerksam alles das, was einige als 'polnisches Experiment' bezeichnen.

Für niemanden ist es ein Geheimnis, dass eins der wirksamsten Mittel, die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden, eine Erweiterung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Ländern ist. Es ist klar, dass ein Sieg der Nationalen Einheitsfront die reale Möglichkeit einer erfolgreichen Lösung unserer wirtschaftlichen Schwierigkeiten vergrössern wird. Diese reale Möglichkeit hängt sehr konkret davon ab, inwieweit unsere neue Parteiführung und Regierung eine dauerhafte Unterstützung durch die Bevölkerung wird aufweisen können.

Jeglicher Gedanke an irgendeine spezielle 'Mission' Polens innerhalb der sozialistischen Weltgemeinschaft ist uns fremd. Wir erheben nicht den geringsten Anspruch darauf, ein 'Modell' für irgendjemanden zu schaffen. Wir verkünden auch durchaus nicht eine 'Überlegenheit' unseres Weges zum Sozialismus. Wir behaupten lediglich, dass wir den Sozialismus in Polen und die unerschütterliche Solidarität mit der sozialistischen Weltgemeinschaft nur dann allein festigen können, wenn wir unseren eigenen Weg zum Sozialismus gehen."

...Freunde in aller Welt - und seit Oktober hat Polen mehr Freunde als jemals zuvor - beobachten alle das, was in unserem Lande vor sich geht einerseits mit grosser Hoffnung andererseits aber auch mit gewissen Befürchtungen. Was verursacht bei ihnen nun diese Befürchtungen? Die Erscheinung einer gewissen Lockerung, einer Anarchie, eines Nationalismus..."

Man merkt dem Blatt sichtlich an, wie es sich die grösste Mühe gibt, jeden Verdacht von sich zu weisen, dass man das polnische Modell als Zukunftsmuster für die Satelliten betrachte ... Man kann es direkt mitfühlen, wie sich so mancher in Warschau in Gedanken wiederholt: "Sich bloss ruhig verhalten, ganz ruhig, die Bestie lauert, man darf sie durch keine Bewegung reizen..."

In "Zycie Warszawy", das ja nun kein parteiamtliches Organ ist, wird am 19. Januar dieselbe Problematik schon wesentlich mutiger und offener angepackt:

"Das polnische Beispiel wird mit gespannter Aufmerksamkeit von all denen in der internationalen Arbeiterbewegung beobachtet, denen die Ideale der Freiheit und des Sozialismus teuer sind. Ein Erfolg Polens gibt all den Sozialisten und Kommunisten Hoffnung, die nach dem XX. Kongress der KPdSU neue Wege suchen und weitere Fehler vermeiden wollen." Unsere Niederlage bei den Wahlen würde als ein Misserfolg all dessen ausgelegt, was in Polen im Oktober 1956 gesiegt hat. Solch eine Niederlage würden sowohl die konservativen Elemente, die noch ihre Positionen aus der Zeit vor dem XX. Parteitag halten, als auch die Reformisten, die die Grundlagen des kapitalistischen Systems verteidigen, mit Genugtuung begrüßen. Unsere Niederlage würde die Hoffnungen der internationalen Arbeiterbewegung auf die Möglichkeit, die Ideen zu realisieren, die den Weg für die Werktätigen der ganzen Welt nach vorwärts bahnen, vermindern.

Befassen wir uns jetzt mit der Lage im sozialistischen Lager, also mit der Lage der Staaten, in denen die Kapitalisten nicht mehr an der Macht sind. Noch vor ein paar Jahren gehörte es zum guten Ton, dieses Lager als einen 'Monolithen' zu bezeichnen und von einer 'Moralisch-politischen Einheit' zu sprechen. Heute wissen wir, dass es auch hier wesentliche Meinungsverschiedenheiten gibt. Es ist ein offenes Geheimnis, dass es in vielen wichtigen Angelegenheiten Meinungsverschiedenheiten gibt, so z.B. zwischen den Führungen der DDR und Jugoslawiens oder auch zwischen den Politikern Polens und der CSR. Wenn es aber Differenzen gibt, und wenn wir unsere polnische Meinung für richtig halten, ist es nur natürlich und verständlich, wenn wir wünschen, dass

sich unsere Meinung durchsetzt, was aber doch nicht damit identisch ist, die eigene Meinung anderen aufzuzwingen.

In manchen kapitalistischen Staaten erwägt man die Eventualität einer wirtschaftlichen Hilfe für Polen. Und nun eine Frage: Würde man uns diese Hilfe zukommen lassen wenn wir eine Wahlniederlage erleiden? Man muss nicht unbedingt ein grosser Politiker sein, um zu begreifen, dass im Falle einer solchen Niederlage uns keine westliche Regierung wirtschaftlich helfen wird..."

f) Letzter verzweifelter Appell GOMULKAS

Obwohl sich in der letzten Woche vor den Wahlen ein Stimmungsumschwung abzeichnete, obwohl sich unter den Massen die politische Vernunft immer mehr durchsetzte, obwohl man der Unterstützung der Katholiken sicher war, trotzdem blieb der Ausgang der Wahlen bis zuletzt alles andere als gewiss. In dieser Situation entschloss sich GOMULKA noch am Vorabend der Wahlen, am 19. 1., zu einem letzten Aufruf, den der polnische Rundfunk übertrug.

GOMULKA sagte: "Am Wahltag werdet ihr beweisen müssen, ob ihr Weizen von Spreu, Wahrheit von Lüge und Freund von Feind zu unterscheiden versteht. Ob ihr für Polen einen festen, ebenen und geraden Weg für seinen historischen Marsch wählen werdet, oder ob ihr Polen vor die Perspektive verderbenbringender Irrwege stellt..."

Die Feinde Volkspolens, die Feinde des Sozialismus möchten unser Land in einen Abgrund von Wirren und Anarchie stürzen. Sie wissen sehr wohl, dass die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei die führende Kraft Volkspolens ist. Sie wissen sehr wohl, dass nur ein sozialistisches Polen auf der Landkarte Europas als unabhängiger und souveräner Staat existieren kann. Sie wissen sehr wohl, dass die Partei der erste Garant der Unabhängigkeit Polens ist und gleichsam ein Garant der gutnachbarlichen, brüderlichen Beziehungen zwischen Polen und der Sowjetunion."

+ Die Aufforderung, die Kandidaten der PZPR vom Wahlzettel zu streichen,
+ ist nicht nur gleichbedeutend mit der Aufforderung, den Sozialismus zu
+ streichen. Wer die Parteikandidaten streicht, streicht die Unabhängigkeit
+ unseres Landes, streicht Polen von der Landkarte Europas."

Folgt diesem Appell! Der tiefe politische Verstand, die Sorge um eine normale Entwicklung unseres Lebens, um die für Polen unentbehrliche Stabilisierung hat ihn uns diktiert. Folgt der Stimme der Vernunft!"

In diesem Appell hört man mehr als den Wunsch eines Parteiführers, den Sieg seines Parteiprogramms zu erkämpfen, sogar mehr als die Angst eines überzeugten Kommunisten, sein Lebenswerk könne zugrunde gehen. Hier hört

...en Menschen, der verzweifelt versucht, sein Volk und sein Land vor der Katastrophe zu retten. Aber wer sollte denn Polen von der Karte Europas streichen? Etwa Deutschland? Das glaubt in Polen niemand und GOMULKA bestimmt auch nicht. Alle wussten, wer damit gemeint war und alle fühlten, dass es nicht leicht war, unter solchen Umständen von einer brüderlichen Freundschaft mit der SU zu sprechen. Blieb ihm aber eine andere Wahl?

g) Nach der Wahl

Der nächste Tag brachte den Sieg der Vernunft. Die Gefahr wurde abgewandt. Daß die Gefahr keine erfundene war, bezeugen die Kommentare der Presse. So schreibt z.B. "Przeglad Kulturalny" am 24. Januar:

"Noch am Anfang der Woche, also vor den Wahlen, glich die politische Karte Polens einer vulkanischen Landschaft. Der Prozess der Beruhigung und Konsolidierung verlief nicht leicht. Ein solches Ergebnis der Wahlen galt noch vor zehn Tagen in den Augen real denkender Beobachter als ein Märchen naiver Optimisten. Es hat sich aber gezeigt, dass der Oktober nicht erlosch. Die Vernunft und die Reife des Volkes hat sich bei den Wahlen klar gezeigt. Es gab kein "Wahlwunder", und trotzdem geschah zwischen Oder und Bug etwas, wovon weder Philosophen noch Politiker träumen könnten. Wunder gab es nicht und wird es nicht geben. Allerdings spielten sich Szenen ab, die an der Grenze der Metaphysik standen. Es gab z.B. Pfarrer, die ihre Gläubigen nach dem Gottesdienst direkt zu den Wahllokalen führten und dort die Wahlzettel ohne Streichung abgaben!

Was brachte die Entscheidung? Es scheint, in erster Linie die Autorität Gomulkas mit ihrer reifen politischen Konzeption, dann die Autorität der polnischen Staatsraison und schliesslich die Autorität der vom Episkopat unterstützten Einheit. Was den letzten Ausschlag gegeben hat, wird man wohl niemals klären können.

Die Volksmacht ist jetzt stabilisiert. Es droht uns kein Staatsstreich mehr und keine Anarchie. Der Sozialismus ist ausser Gefahr."

Am 22. Januar schreibt "Zycie Warszawy":

"Die Wahlen gaben dem 'Polnischen Oktober' eine feste Grundlage und eine Unterstützung bei der Bevölkerung, die man bis jetzt nur vermuten konnte. In dieser Situation ist der demagogische Kampf der Reaktion und der Konservativen in der Partei zu einem Misserfolg verurteilt. Das soll natürlich nicht bedeuten, dass wir dadurch in Zukunft keine Schwierigkeiten mehr erleben werden."

"Trybuna Ludu" schreibt am gleichen Tage von den Menschen, die

"obwohl sie noch den Parteiausweis in der Tasche haben, sich einer

...ungewöhnlichen Wählerarbeit der Reaktion nicht nur nicht wider-
setzt haben, sondern sie im Gegenteil unterstützten, um dadurch den
'Polnischen Oktober' zu kompromittieren."

Man kann also erwarten, dass der durch das Wahlergebnis gestärkte GOMULKA nun endgültig dazu übergehen wird, seine mächtigen Gegner in der Partei auszuschalten.

h) Wahlergebnis

94,14 Prozent der Wahlberechtigten nahmen an der Wahl teil. Wenn man bedenkt, dass die Bevölkerung seit 12 Jahren daran gewöhnt war, an Wahlen teilnehmen zu müssen, und dass diesmal nicht nur die Parteien, sondern auch die Kirche zur Teilnahme an den Wahlen aufgerufen hat, so erscheint diese Zahl glaubwürdig.

Es wurden 16,8 Millionen Stimmen abgegeben, die gültig waren. Trotz aller Aufrufe haben aber 1,5 Millionen Wähler doch von ihrem Recht, Kandidaten zu streichen, Gebrauch gemacht.

Es wurden zwar alle Spitzenkandidaten der Partei gewählt, aber in der Regel lagen sie an letzter Stelle, wie es sich anhand der für sie abgegebenen Stimmen zeigte. Sie wurden von den parteilosen Kandidaten glatt überflügelt. So bekam z.B. der katholische Kandidat in Breslau, KISIELEWSKI, mehr Stimmen als der Spitzenkandidat des Politbüros, der Aussenminister RAPACKI.

Die einzige Ausnahme in dieser Regel, nach der die Parteikandidaten unter den Gewählten an letzter Stelle standen, machten GOMULKA und General SPYCHALSKI. Ein dritter Kommunist, der in seinem Wahlbezirk die grösste Stimmenzahl errang, war der Chefredakteur der Jugendzeitschrift "Poprostu" Eligiusz LASSOTA, einer der Hauptbeteiligten des "Polnischen Oktobers". Er war jedoch kein Spitzenkandidat, sondern stand auf der Liste, die ja neun Namen umfasste, erst an sechster Stelle.

Aus dieser Tatsache, dass die Spitzenkandidaten der Partei weniger Stimmen als die anderen gewählten Kandidaten bekamen, lässt sich schliessen, dass die 1,5 Millionen Wähler, die trotz aller Aufrufe manche Kandidaten gestrichen haben, hauptsächlich die kommunistischen Spitzenkandidaten strichen. Unter den 458 gewählten Abgeordneten sind 237 Kommunisten (51,7 %), 119 Bauernparteimitglieder (26 %), 39 "Demokraten" (8,5 %) und 63 Parteilose (13,8 %). Unter den Parteilosen wiederum gibt es 12 katholische Abgeordnete (im letzten Sejm waren es vier).

katholische Kandidaten. Sie standen aber zum Teil auf den weiteren Stellen der Bezirksliste der Kandidaten. Weil die meisten Wähler den Zettel ohne Streichungen abgegeben haben, galten nur die ersten als gewählt. In vielen Fällen wählten also katholische Wähler Kommunisten und liessen die katholischen Kandidaten durchfallen. Dies beweist einen hohen Grad von Disziplin, der von den Wählern zur Schau getragen wurde.

2) Über den "polnischen Weg"

Einer der Hauptideologen GOMULKAS, der jetzige Volksbildungsminister BIENKOWSKI, umriss bei einer Wahlversammlung einige der Wesenszüge des "polnischen Weges" zum Sozialismus.

"Man muss die Rolle und die Form der Diktatur des Proletariats richtig betrachten, so sagte er. Die Form dieser Diktatur darf nicht ein für allemal festgelegt sein. Im Laufe des fortschreitenden Baus des Sozialismus muss sie evolvieren. Je mehr wir uns dem Sozialismus nähern werden, umso mehr wird sich die Diktatur des Proletariats in die Machtübernahme durch das ganze Volk verwandeln." ("Trybuna Ludu" am 5. Januar.)

3) Wird der Parteiapparat liquidiert?

In ihrer Nummer 4 beschäftigte sich "Przegląd Kulturalny" mit der Zukunft des Parteiapparates.

"Der Parteiapparat wird reduziert, da sich die Konzeption der Volksmacht geändert hat. Die Vereinigte Arbeiterpartei bleibt jedoch die regierende Partei Polens, d.h., sie muss einen entscheidenden Einfluss auf die wichtigsten Organe des Staates haben. So lange man Partei und Staat identifiziert, ist das Rufen nach einer Zerschlagung, Vernichtung und Liquidierung des Parteiapparates utopisch. Dieser Apparat kann verkleinert, gesiebt und kontrolliert werden, seine Mitglieder brauchen nicht lebenslänglich Berufsfunktionäre zu sein, aber der Apparat muss bestehen bleiben."

4) Auch CYRANKIEWICZ sollte liquidiert werden

Etwas ungeschickt versuchte man, die Propaganda der Natolin-Gruppe zu kontern. Die Natoliner hatten den Spitzenkandidaten der Partei zu den Sejmwahlen vorgeworfen, sie wären genau so stalinistisch gewesen.

"Gazeta Krakowska" bringt am 14. Januar in einer sensationellen Aufmachung die Nachricht, dass der Staatssicherheitsdienst in den Jahren 1949 bis 1953 Unterlagen gesammelt habe, um den Ministerpräsidenten CYRANKIEWICZ als Spion und Agenten vor Gericht zu stellen. Damit wollte man die Wähler in Krakau (dort kandidierte nämlich Cyrankiewicz) beeindrucken, indem man ihnen CYRANKIEWICZ als präsidentives Opfer Stalins vorstellte.

Einen ähnlichen Versuch machte man auch mit dem in Warschau kandidierenden ZK-Sekretär Jerzy ALBRECHT. Nur der Tod STALINS und die Liquidierung BERIAS hätten die beiden vor dem Schicksal GOMULKAS und SPYCHALSKI gerettet, so heisst es in offiziellen Verlautbarungen.

5) Verschärfung in der Justiz

In einem totalitären Regime - und das ist GOMULKAS Regime trotz aller Veränderungen doch geblieben - kann die Gerichtsbarkeit ein Maßstab für mildernde oder verschärfende Tendenzen sein. In den Tagen von GOMULKAS Machtantritt hat man in einem der Posener Prozesse ein Urteil gefällt, in dem drei junge Männer zu 4 Jahren Zuchthaus verurteilt wurden. Man hatte ihnen beweisen können, dass sie einen zufällig auf der Strasse ergriffenen Funktionär der Sicherheitspolizei sadistisch totgeprügelt haben.

Im November stürmte eine Gruppe junger Männer den Störsender von Bromberg, vernichtete die Einrichtung und verprügelte ein paar intervenierende Polizisten. Am 18. Januar hat man das Urteil verkündet: Der Hauptangeklagte bekam sechs Jahre Zuchthaus, andere bekamen von 1 1/2 bis zu fünf Jahren Gefängnis. Dieses Abschreckungsurteil ist ein Beweis für die verschärfte politische Situation in der Zeit vor den Wahlen.

6) Polnische Streitkräfte bekommen neue Uniformen

Am 5. Januar brachte die polnische Presse die Nachricht, dass die Streitkräfte neue Uniformen bekommen sollen, Uniformen, die "die polnischen Traditionen mit den Erfordernissen der Zweckmässigkeit" verbinden sollen. Aus den veröffentlichten Bildern kann man entnehmen, dass die neuen Uniformen keine Ähnlichkeit mit den sowjetischen besitzen, sondern sehr den britischen "Battle-Dress" ähneln.

Die Zeitungen betonen, dass besonders die Matrosen, deren Uniformen in den letzten Jahren dem sowjetischen "Muster" angepasst waren, die neue Änderung begrüßen werden.

II. Wirtschaft

1) Arbeiterselbstverwaltung stösst auf Schwierigkeiten

Nach dem Machtantritt GOMULKAs hat man in den Betrieben mit der Bildung der Arbeiterräte begonnen. Diesen Organen der Arbeiterselbstverwaltung in der Industrie ist die Rolle zugeordnet, die bis jetzt die wirtschaftliche Bürokratie innehatte. Nach den Meldungen der Presse stösst die Bildung und die Arbeit dieser Räte neuerlich auf Schwierigkeiten.

In einem Leitartikel der "Trybuna Ludu" vom 24. Januar lesen wir:

"Die Nachrichten, die wir letzthin aus allen Teilen unseres Landes bekamen, zeigen eine gewisse Unruhe um die Geschicke der Arbeiterselbstverwaltung. Arbeiterräte sind schon in zahlreichen Betrieben entstanden, aber vor kurzem wurde diese Entwicklung gebremst. Die schon existierenden Räte, die meistens von der Partei ihrem Schicksal überlassen wurden, kämpfen mit grossen Schwierigkeiten."

Laut "Trybuna Ludu" kann man die Ursachen dieser Schwierigkeiten folgendermassen einteilen:

1. Die Arbeiterräte besitzen noch keine Erfahrungen in der komplizierten Frage der Betriebsleitung. Die Direktoren, die jetzt den Räten unterstehen sollen, zeigen bisher wenig Lust, auf ihren Machtbereich zu verzichten.
2. Die Parteiorganisationen in den Betrieben, die sich bis jetzt als faktisch "höchste Instanz" fühlten, wollen ebenfalls nicht gerne ihre Macht mit den Arbeitern teilen. Die Räte beanspruchen aber die gesamte, ihnen gesetzlich zugebilligte Macht. Es ist schon in vielen Betrieben vorgekommen, dass die Räte formell erklärt haben, sie würden keine "Oktoberherrschaft" der Parteiorganisationen anerkennen.
3. Die Bürokratie, gegliedert in zahlreiche "Zentralverwaltungen", will so lange wie möglich den Augenblick hinauszögern, wo sie den grössten Teil ihrer bisherigen Macht an die Arbeiterräte abgeben muss. Oft kommt es vor, dass die Zentralverwaltungen weiterhin die Direktoren ernennen und sie den Betrieben aufzwingen, obwohl das zu den Kompetenzen der Räte gehört.
4. Ein nicht geringer Teil der Arbeiter steht der Idee der Arbeiterräte sehr reserviert gegenüber. Sie behaupten, die Mitglieder der Arbeiterräte müssten eine entsprechende fachliche Qualifikation haben, um einen Betrieb verwalten zu können. Diese Voraussetzungen besitzen aber nur die Fachleute aus der Direktion und der technischen Verwaltung, also meistens Vertreter der Intelligenz. Resultat: Die Arbeiter wählen in vielen Fällen keine Arbeiter in 'ihre' Räte. Im Präsidium eines Arbeiterrates in einer Kugellagerfabrik in Krasnik gibt es unter 14 Personen keinen einzigen Arbeiter.

Die bisherigen Mißerfolge haben in Polen schon zahlreiche Beobachter dieses Experimentes zu ziemlich pessimistischen Schlussfolgerungen veranlasst. "Zycie Warszawy" gibt am 16. Januar eine Bilanz der Errungenschaften des Systems in Polen für die ersten Monate. Das Blatt bespricht die Tätigkeit der Arbeiterräte unter der Rubrik: "Passiva":

"Nachdem die erste Begeisterung verfliegen ist, hat das Interesse der Öffentlichkeit für die Arbeiterräte wesentlich nachgelassen. Einerseits stösst die Arbeiter selbstverwaltung auf grosse Schwierigkeiten, die durch die Steifheit unseres wirtschaftlichen Systems verursacht werden, andererseits brachten die Räte nicht schnell genug die erwarteten Erfolge. Die ökonomische 'Ermüdung' der Bevölkerung spielt hier auch eine grosse Rolle. Alles in allem zeichnet sich eine Entwicklung ab, die sich in der Zukunft als verhängnisvoll zeigen kann."

Die in der polnischen "Oktoberrevolution" eine führende Rolle spielende Zeitschrift "Propostu" kommt sogar zu der Schlussfolgerung, dass die Arbeiterräte in der bisherigen Form versagt haben und nicht lebensfähig sind. Das Blatt meint, alles bisher auf diesem Gebiet Versuchte könne man ruhig streichen.

"Trybuna Ludu" teilt diese Meinung nicht. Die Partei, so meint die Zeitung, darf die Räte zwar nicht "an der Hand führen", aber sie auch nicht ihrem Schicksal überlassen. Die Parteiorganisationen müssen den Räten ihre volle Unterstützung gewähren, ohne in Versuchung zu kommen, dabei selbst zu dirigieren. Man hat den Eindruck, dass auch in dem parteiamtlichen Organ eine gewisse Ratlosigkeit über die Art herrscht, wie die Räte aus dem jetzigen Engpass herauskommen sollen.

2) Kein Schematismus

Ein führender polnischer Volkswirtschaftler, Czeslaw BOBROSKI, der 1949 Polen verliess und aus seinem französischen Exil erst vor ein paar Wochen zurückkehrte, schreibt am 13. Januar in der "Trybuna Ludu" über das künftige polnische Wirtschaftssystem:

"Die Dezentralisierung der Wirtschaftsverwaltung ist noch kein Universalmittel gegen die Mängel in der polnischen Wirtschaft. Ein Fehler, den wir vermeiden müssen, ist der Schematismus, sowohl ein zentralistischer, wie ein dezentralistischer."

Warum ist die Dezentralisierung kein Allheilmittel?

"Die lokalen Organe, die in einem stark dezentralisierten System wichtige Funktionen erfüllen müssen, sind dafür noch garnicht vorbereitet und fähig. Die Erfahrungen, die die Jugoslawen gemacht haben, beweisen, dass manche Formen des Zentralismus eine Tendenz des Wiederauflebens zeigen, obwohl man sie aufgehoben hat. Die Dezentralisierung schützt aber auch nicht vor Überwuchsen auf dem Gebiet der Investitionen."

Die entscheidende Priorität, die die Jugoslawen den dezentralisierten Investitionen vor den zentral geplanten Investitionen geben, ist aber auf lange Sicht sehr gefährlich. In der heutigen Etappe treten diese gefährlichen Elemente nicht hervor, da die Jugoslawen in ihrem ersten Fünfjahrplan zugunsten der grossen Bauten die kleinen und ergänzenden Investitionen vernachlässigt haben.

Die Zentralisierung bringt es wiederum mit sich, dass sich die wirtschaftliche Planung in eine bürokratische Verwaltung verwandelt und jegliche Initiative und Verantwortung verschwinden. Die Bürokratie erweckt mit allen Mitteln nur den Schein einer Planerfüllung.

Unabhängigkeit von allen Kritiken am Zentralismus und der administrativen Planung scheint es doch, dass jedes Land, das den Sozialismus aufzubauen beginnt, durch diese Etappe durchgehen muss.

Für die polnischen Verhältnisse würde ich vor allem jede Einseitigkeit vermeiden. Wenn man weder den Zentralismus, noch die Dezentralisierung als die einzige Grundlage des Wirtschaftssystems betrachtet, so darf man ruhig sagen: Für verschiedene wirtschaftliche Gebiete kann es verschiedene Lösungen geben.

Die tägliche Verwaltungsarbeit eines Betriebes darf nicht in dem Masse zentralisiert werden, wie die Planung der wichtigsten Produktionsaufgaben. Für die wichtigsten Investitionen, die für lange Zeit die Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung bestimmen, muss man die zentrale Planung als richtig betrachten. Für die kleineren ergänzenden Investitionen scheint die dezentralisierte Form eine Notwendigkeit zu sein. In einem zentralen Plan werden sie sehr leicht von den grossen Investitionen aufgefressen."

Auch in der Preispolitik empfiehlt BOBROWSKI keine schematische Lösung. Manche Preise müssen vom Staat bestimmt werden, andere wieder werden auf der Marktbasis entstehen.

"Ich sehe keinen Grund, so schliesst BOBROWSKI ab, warum wir vor dem Zentralismus Angst haben sollen, wenn er in bestimmten Fällen sich als nützlich erweisen kann. Aber diese Nützlichkeit muss erst bewiesen werden. Der Staat darf die Preise nur dann festlegen, wenn man begründete Zweifel hat, ob die Regulierung der Preise auf dem Markt zweckmässig ist."

3) Der Investplan für das Jahr 1957

Der Vorsitzende der Plankommission beim Ministerrat (so heisst seit dem 1. Januar die ehem. staatliche Kommission für die Wirtschaftsplanung), das Politbüromitglied JEDRYCHOWSKI erteilte dem Vertreter der parteiamtlichen

"Lana Ludu" Informationen über die für das Jahr 1957 geplante Investitions- politik:

"Die für das Jahr 1957 geplanten Investaufwendungen betragen etwa 47,5 Milliarden Zloty, sie sind also um etwa 6 Milliarden Zloty niedriger, als im Fünfjahrplan-Entwurf vorgesehen war, der 53,336 Milliarden Zloty zugrunde legte. Der Investplan des Vorjahres war nicht zu erfüllen. Nach geschätzten Angaben betragen die Aufwendungen für Limitinvestitionen und für sogenannte Investitionen ausserhalb des Limits im Jahre 1956 47,250 Milliarden Zloty. Dies machte etwa 92 % des Planes aus.

Die Hauptrichtungen bei der Entwicklung der Investitionen in der Industrie im Jahre 1957 sind: Auf dem Gebiete der Industrie wird eine relativ hohe, und zwar rund 13 %-ige (gegenüber 1956) Zunahme der Investitionen für die Leicht- und Nahrungsmittelindustrie sowie für andere Industriezweige erfolgen, die für den Marktbedarf arbeiten.

Hinsichtlich der Schwerindustrie sieht der Plan eine wesentliche Kürzung der Mittel für die Maschinen- und Erdölindustrie sowie für das Hüttenwesen vor. Auf demselben Stand wie im vergangenen Jahr werden sich die Aufwendungen für die chemische Industrie bewegen. Beträchtlich wachsen werden die Aufwendungen für den Kohlebergbau (um über 7 %) und vor allem für die Energiewirtschaft (um 17 %). Die grösste Steigerung aber, um nahezu 34 %, ist bei Investitionen in der Baustoffindustrie vorgesehen. Die Investitionen in der gesamten Landwirtschaft (in der vergesellschafteten und der individuellen) werden um über 20 % anwachsen. Dies bedeutet vor allem eine weitere Erhöhung der staatlichen Hilfe für die individuelle Landwirtschaft. In Anbetracht der gegenwärtigen Lage im Produktionsgenossenschaftswesen sind nämlich die Kreditmittel für die Genossenschaften auf 250 Mill. Zloty begrenzt. Die Investaufwendungen für die MTS sind ebenfalls reduziert worden. Für die individuelle Landwirtschaft machen diese Kredite rund 700 Mill. Zloty aus. Auf dem Lande werden die Investitionen in der gesamten Landwirtschaft um 1,8 Milliarden Zloty anwachsen. Erheblich erhöht, nämlich auf das Vierfache gegenüber 1955 wurden die Kredite für den individuellen Wohnungsbau. Sie werden rund 400 Mill. Zloty betragen. Dadurch werden über 30.000 Wohnräume ausserhalb des Planes der Baugenossenschaft für Arbeitersiedlungen errichtet werden können. Wir sahen uns gezwungen, auf den Bau neuer Betriebe zu verzichten, bzw. den Weiterbau bereits begonnener Betriebe der Schwerindustrie einzustellen, da sie unmöglich ohne Auswirkungen auf die Gesamtentwicklung unserer Schwerindustrie in den kommenden Jahren bleiben. Vom Plan gestrichen wurden vor allem jene Investitionen, die in den allernächsten Jahren keine Produktionseffekte gebracht hätten, sowie Investitionen, die auf Importen für Bargeld,

für Devisen, beruhen. Stark reduziert wurden die Investitionen in der Spezialindustrie, sowie in der Verteidigungsindustrie. Maximal eingeschränkt wird der Bau von Verwaltungsgebäuden."

(Laut "Trybuna Ludu" vom 6. Januar 1957.)

4) Neue Richtlinien für die Landwirtschaftspolitik

Am 9. Januar wurden die Richtlinien für die Landwirtschaftspolitik veröffentlicht. Diese Richtlinien waren von der Vereinigten Arbeiterpartei und der Vereinigten Bauernpartei gemeinsam unterzeichnet. Wie es in der Einleitung heisst, stützen sie sich auf die Grundsätze, die auf dem VIII. Plenum ausgearbeitet wurden und die Politik des Staates auf dem Lande in eine neue Richtung lenken.

Das Hauptprinzip dieser Politik ist die ungehinderte Entwicklung der individuellen Bauernwirtschaften in Anlehnung an verschiedene Formen der gegenseitigen Hilfe der Bauerngemeinschaften.

Der Weg zur sozialistischen Umgestaltung des Dorfes führt über verschiedene Formen der Produktionsgemeinschaften, bei gleichzeitiger Intensivierung der Bauernwirtschaften.

Eines der wichtigsten Prinzipien der neuen Richtlinien ist das Prinzip, Boden frei zu verkaufen und wieder anzukaufen, und zwar im gesamten polnischen Gebiet. Die Bauernhöfe in den Westgebieten dürfen, wenn die Verhältnisse es ermöglichen, ihr Areal auf 15 ha vergrössern.

Die Getreidepflichtablieferungen sollen nach und nach abgeschafft werden. Der Ablieferungsplan für 1957 sieht eine Kürzung um ein Drittel, d.h. um 630 000 to Getreide vor. Gleichzeitig soll der vom Staate bezahlte Preis für das abgelieferte Getreide verdoppelt werden. Alle Bauernwirtschaften unter 2 ha sind gänzlich von der Ablieferungspflicht befreit.

Von diesen Massnahmen versprechen sich die beiden Parteien, dass sie die Bauern aufmuntern werden, die Produktion zu intensivieren.

"Trybuna Ludu" warnt am 25.1. davor, die kleinsten Bauernwirtschaften ihrem Schicksal zu überlassen. Eine umfangreiche staatliche Hilfe muss ihnen zukommen, sonst besteht die Gefahr, dass sie von den Grossbauern "aufgefressen" werden.

Der ehem. 1. Sekretär des ZK und Vorgänger GOMULKAs wurde zum neuen Landwirtschaftsminister ernannt. Diese Tatsache kommentiert die Presse als Beweis, welche Bedeutung die neue Parteispitze den landwirtschaftlichen Fragen beimisst. OCHAB bleibt zunächst Sekretär des ZK. Seinem neuen Ressort unterliegen u.a. auch die Aufgabengebiete des am 1. Januar aufgelösten Ministeriums für landwirtschaftliche Staatsgüter.

5) Selbstnordpolitik

Im Jahre 1956 produzierte Polen 5 Mill. t Stahl. Das ist im Vergleich mit der Vorkriegszeit (1,5 Mill. t) sehr viel, aber wenig für jetzige Erfordernisse und Kapazitäten der polnischen Maschinen- und Metallindustrie.

Im Laufe der letzten Jahre hat Polen aber auf dem Gebiete des Maschinenbaues eine Politik geführt, die "Trybuna Ludu" am 7. Januar als selbstmörderisch bezeichnete. Man hat also den Bau von Eisenbahnwaggons, Lokomotiven und schweren Maschinen forciert, während man aus Stahlmangel gleichzeitig den Bau von mittelschweren- und Präzisionsmaschinen vernachlässigen musste. Alleine der Bau der Waggons und Lokomotiven verbrauchte 24 % der in Polen produzierten Walzerzeugnisse.

Die Zeitung vertritt die Meinung, dass Polen sich in Zukunft hauptsächlich auf den Bau mittlerer Maschinen, Autos, Textilmaschinen, Motoren, Mess- und Präzisionsapparaturen, Werkzeuge usw. beschränken soll. Es bleibt nur noch hinzuzufügen, dass der Bau von schweren, viel Stahl verbrauchende Maschinen auf sowjetische Initiative geschah.

III. Kulturelles Leben, Soziale Probleme

1) Entstalinisierung der Wissenschaft

Zum neuen Präsidenten der polnischen Akademie der Wissenschaften wurde am 12. 1. ein polnischer Gelehrter von Weltruf, eine Kapazität auf dem Gebiete der Logik - Prof. Dr. Tadeusz KOTARBINSKI gewählt. KOTARBINSKI gehörte vorher zu den linken Liberalen und war in zahlreichen Freidenkerorganisationen tätig. In der stalinistischen Zeit wurde er auf ein Abstellgleis geschoben. Nach seiner Wahl sagte er jetzt den Presservertretern, er freue sich, dass es ihm möglich sei, den Vorsitz in der Akademie zu einer Zeit zu übernehmen, in der man allgemein zu der Erkenntnis gelangte, die Wissenschaft dient dem Menschen am besten dann, wenn sie völlig selbständig ist.

Die Vollversammlung der Polnischen Akademie der Wissenschaften hörte sich den Bericht des wissenschaftlichen Sekretärs der Akademie, Henryk JABLONSKI, an. Die bisherige Arbeit der Akademie war dadurch behindert, dass man das Prinzip der Autonomie für die Wissenschaft nicht respektierte. Die alte politische Leitung hatte keinen richtigen Begriff von der Rolle der Wissenschaft und den Bedingungen, die man einer wissenschaftlichen Forschung gewährleisten muss.

"Wir vertreten die Auffassung, dass die wissenschaftlichen Forschungen

sollte Freiheit besitzen müssen, sowohl ihren Inhalt als auch die Methode betreffend" - führte JABLONSKI aus.

JABLONSKI ist Mitglied des ZK der Kommunistischen Partei Polens.

2) ... und im Schulwesen

Der neue Minister für Volksbildung, ein Vertrauter GOMULKAs - Wladyslaw BIENKOWSKI - umriss in einem Presseinterview die Aufgaben, die jetzt vor dem Schulwesen in Polen stehen.

Eine wichtige Aufgabe sei die Herauslösung des Schulwesens aus den Ketten der alten Gesetze der stalinistischen Zeit. Die zweite Aufgabe sei die Änderung der Programme und Lehrbücher, die voll von "Schematismus und sogar krasser Verfälschungen sind". Die Jugend muss von dem überflüssigen Ballast befreit werden. Die Bearbeitung neuer Lehrbücher ist eine schwierige Aufgabe, besonders was die Lehrbücher der polnischen Sprache und Geschichte anbetrifft. Es wird längere Zeit dauern, bis man dieser Aufgaben gerecht wird.

Minister BIENKOWSKI sprach dann von der Erscheinung einer Diskriminierung der Kinder, die nicht zum Religionsunterricht erscheinen. Die Intoleranz der Kinder wird leider oft von den Geistlichen geduldet oder sogar geschürt.

B. Polen und das Ausland

1) Großer Freund China enttäuscht

"Wenn wir heute den Genossen Tschu-En-Lai als Vertreter des grossen, befreundeten chinesischen Volkes in Warschau begrüßen werden!", so schrieb das Parteiorgan "Trybuna Ludu" am 11. Januar, "werden wir noch die verständnisvolle Unterstützung lebhaft in Erinnerung haben, die uns die chinesische Volksrepublik in den unvergesslichen Oktobertagen angedeihen liess.

Jeder Gedanke ist uns fern, unseren Weg zum Sozialismus als vollkommen zu betrachten. Der Versuch, unsere Lösung einem anderen Lande aufzudrängen, würde völlig absurd sein."

Aus den Begrüßungsworten des parteiamtlichen Organs war klar herauszuhören, was man von dem chinesischen Freund in Warschau erwartet hat. Er sollte GOMULKA in der kritischen Zeit vor den Wahlen wieder einmal den Rücken stärken

gleichzeitig aber wollte man Moskau beruhigen. Polen will keine Versuche unternehmen, den benachbarten Satelliten Moskaus den Weg zu empfehlen, den es selber eingeschlagen hat. Jedem soll die Entscheidung selbst überlassen werden...

Der chinesische Besuch erfüllte aber die polnischen Erwartungen nicht ganz. Während der polnische Ministerpräsident CYRANKIEWICZ in seinen Begrüßungsworten auf dem Flugplatz von den engen politischen Verbindungen zwischen Polen und China sprach, gab der chinesische Gast seiner Freude Ausdruck, dass Polen im Laufe der "Verbesserung der Partei- und Regierungsarbeit seine freundschaftlichen Beziehungen zu der SU noch gefestigt habe." Seine Rede schloss Tschu-En-Lai mit dem Aufruf: "Es lebe die Solidarität der sozialistischen Staaten, an deren Spitze die Sowjetunion steht!"

In keiner seiner späteren Ansprachen fehlte diese Erinnerung an den legitimen Führungsanspruch der UdSSR, während die Gastgeber konsequent diesen Punkt in den offiziellen Reden und Toasten übergingen.

Schon aus der ersten vorsichtigen Formulierung Tschu-En-Lais war zu entnehmen, dass er nicht gewillt ist, eine besondere Solidarität zwischen Polen und China innerhalb des "sozialistischen Lagers" zu betonen. Den Oktoberumschwung in Warschau, der doch ohne Zweifel eine revolutionäre Wendung war und die Beziehungen zwischen dem ehem. Satelliten und Moskau neu regelt, und der doch trotz aller Hindernisse den Stalinismus als System zu liquidieren begann, diese folgenschwere Umwandlung bezeichnete Tschu-En-Lai einfach als "Verbesserung in Partei- und Regierungsstellen". Dass seine Enthaltensamkeit nicht zufällig war, bestätigte er noch am Tage seiner Ankunft, am 11. Januar, bei einem Gala-Empfang im Palais des Ministerrates, als er sagte:

"In den letzten Jahren entwickelten sich unsere freundschaftlichen Beziehungen auf dem Gebiete der Wirtschaft, des Handels und auch der Kultur und Technik schnell."

Dass es zwischen den beiden Gesprächspartnern noch vor kurzem etwas mehr als nur Warenaustausch gab, verschwieg Tschu-en-Lai vollständig.

Am nächsten Tage ging der chinesische Gast sogar noch einen Schritt weiter:

"Genosse Gomulka sagte mit Recht, dass die demokratischen Freiheiten nur den Menschen zustehen, die den Sozialismus bauen. Die polnische Arbeiterklasse und das polnische Volk werden, wenn sie die Diktatur des Proletariats behalten, sicher alle provokatorischen und demagogischen Versuche des Feindes zerschlagen."

Der chinesische Gast war also nicht gewillt, von einer besonders engen Zusammenarbeit beider Staaten auf der politischen Ebene zu sprechen und wies sozusagen seinen Gesprächspartner den Weg, den er in Zukunft gehen soll: Demokratie für die Marxisten und Zerschlagung der Provokateure und Demagogen. Nur einmal, als er in Breslau sprach, sagte Tschu, dass "der Geist der Gleichheit der Nationen und des proletarischen Internationalismus" die Völker Chinas und Polens eng verbinde .

Die Lage, in der sich China augenblicklich befindet, erlaubte dem chinesischen Ministerpräsidenten bei seinen Äusserungen in Polen wohl nicht, weiter zu gehen. Der Versuch, die Beziehungen zu den USA zu normalisieren und in die UN aufgenommen zu werden, scheiterte am amerikanischen Widerspruch. Die Aussichten, in die internationale Völkergemeinschaft aufgenommen zu werden und dadurch zu wirtschaftlichen Vorteilen zu gelangen, sind immer noch schlecht. Es blieb also nur übrig, sich weiterhin wirtschaftlich an die SU anzulehnen. Eine wirtschaftliche Anlehnung bleibt aber nie auf das rein wirtschaftliche Gebiet beschränkt.

Seit der grossen Wendung, die der XX. Parteitag in Moskau brachte, erleidet die sowjetische Politik einen Schlag nach dem anderen. Die aussenpolitischen Misserfolge des sogenannten Entstalinisierungskurses haben in der Moskauer Partei und Regierung zu einer Verhärtung geführt. Daran ist China keineswegs interessiert. So ging es für Tschu in erster Linie darum, den Kräften in der SU den Rücken zu stärken, die sich zuerst von der Politik STALINS distanzieren, d.h. also CHRUSCHTSCHOW. In dieser Situation war es undenkbar, Polen zu einer weiteren Lockerung des Abhängigkeitsverhältnisses gegenüber Moskau aufzumuntern. Daher die Beteuerungen Tschus über die führende Rolle der SU im sozialistischen Lager.

Auch die Tatsache, dass China nun allein auf die sowjetische Wirtschaftshilfe angewiesen ist, konnte kaum dazu beitragen, eine allzu enge Verbundenheit mit den Warschauer Rebellen zu betonen.

Eine deutliche Rückenstärkung war aber für GOMULKA in seiner kritischen Situation vor den Wahlen mehr als notwendig. Tschu konnte ihm diese pronon- Stärkung nicht gewähren, daher die Enttäuschung.

Es besteht aber kein Anlass zu der Annahme, dass der Verlauf des Besuchs von Tschu-En-Lai in Polen eine Abkühlung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten bringen wird. Die sowjetische Alleinherrschaft innerhalb des Ostblocks liegt ebensowenig im Interesse der Chinesen wie der Polen.

Auf dieser Ebene werden sie sich wahrscheinlich in der Zukunft noch oft treffen. Die grossen Hilfsdienste, die die Chinesen GOMULKA in einer kritischen Zeit der Oktobertage erwiesen haben, sind in Polen nicht vergessen. GOMULKA wird diese Hilfe immer brauchen und sie wird ihn auch immer dann gewährt, wenn sie mit den Interessen Chinas übereinstimmt.

In dem Schlusskommunique, das nach den polnisch-chinesischen Besprechungen veröffentlicht wurde, heisst es u.a., dass die Oder-Neisse-Grenze von der chinesischen Volksrepublik als Friedensgrenze zwischen Polen und Deutschland betrachtet wird, und dass sie den Interessen der Sicherheit Europas entspricht.

Der deutschen Frage widmete man in der gemeinsamen Erklärung einen Satz: "Obwohl in einer Reihe westeuropäischer Länder der Widerstand gegen die Politik der Militärblöcke wächst, beschlossen die Westmächte, die Mitgliedstaaten der NATO, die deutsche Bundesrepublik mit Atomwaffen auszurüsten, und die revanchistischen Kräfte des Militarismus in Westdeutschland zu reaktivieren, was den aggressiven Charakter dieses Paktes erneut bestätigt. Diese Situation bedroht nicht nur die Nachbarländer Deutschlands und das deutsche Volk selbst, sondern auch alle Völker der Welt."

2) Versöhnung auch mit der KPF

Nach dem Dezemberbesuch einer SED-Delegation in Warschau, der eine fühlbare Entspannung in dem bis dahin von beiden Seiten fleissig geführten Pressekrieg brachte, kam am 26. Januar eine Delegation des Politbüros der KP Frankreichs in die polnische Hauptstadt. Unter den französischen Gästen befand sich auch Etienne FAJON, der seit dem Oktober 1956 nur von einer polnischen Konterrevolution, die unter GOMULKA zum Zuge gekommen war, schrieb und sprach. In dem offiziellen Kommuniqué über die Ankunft der französischen Delegation hiess es nur, dass diese mit dem ZK der PZPR Gespräche führen wird, und zwar über Themen, die beide Parteien interessieren. Es scheint kein Zweifel darüber zu bestehen, dass, ähnlich wie im Dezember mit den SED-Vertretern, diesmal die polnischen Kommunisten mit ihren französischen Genossen darüber verhandelten, wie der von französischer Seite begonnene "kalte Krieg" gegen GOMULKA nun begraben werden soll.

3) ... und waren nicht eingeladen

Die Zeitschrift "Swiat" bringt am 13. Januar folgende Notiz:

"Wie sich herausstellte, fanden in Budapest zwischen dem 1. und 4. Januar Gespräche statt, an denen die Vertreter der kommunistischen Parteien der UdSSR, der CSR, Ungarns, Rumäniens und Bulgariens teilnahmen. Wie wir aus dem Kommuniqué entnehmen, besprach man ausser einer Reihe von

fragen, die die teilnehmenden Parteien interessierten, besonders ausführlich das ungarische Problem und die internationale Lage, in die durch die USA-Nahostpolitik neue Akzente gebracht wurden. Polen nahm an den Besprechungen nicht teil."

Das Treffen in Budapest fand zu einer Zeit statt, als die durch den Wahlkampf in Polen entstandene Lage eine evtl. Niederlage GOMULKAS vermuten liess. Die Nichteinladung der polnischen Kommunisten wurde allgemein so verstanden, dass man in Moskau den Rebellen GOMULKA als halb erledigt betrachtete. Die Isolierung Polens bei dieser Konferenz hat in Warschau viel Unruhe und böses Blut verursacht.

4) Amerikanische Kredite für Polen

Am 25. Januar teilte Präsident EISENHOWER mit, dass man Schritte unternommen habe, um Polen den Kauf von landwirtschaftlichen Maschinen und Bergbauausrüstungen in den USA auf Kreditbasis zu ermöglichen. Auf der Liste der Waren, die Polen von den USA auf Kredit erwerben kann, stehen weiterhin Baumwolle, Weizen, Fette und Kunstdüngemittel.

Am 27. Januar bringt "Trybuna Ludu" diese Nachricht und schreibt im Kommentar, dass die polnisch-amerikanischen Verhandlungen schon seit dem 25. 10. also kurz nach dem Machtantritt GOMULKAS, im Gange seien. Das Blatt schreibt, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den USA auf Kreditbasis ermögliche eine Verbesserung der Lage in der polnischen Nationalwirtschaft.

Über das Ausmass der amerikanischen Kredithilfe ist nichts bekannt. Allgemein nimmt man aber an, dass die 100-Millionen-Dollar-Grenze nicht überschritten wird. In informierten Warschauer Kreisen vertritt man die Meinung, dass Moskau gegen eine in diesen Grenzen bleibende Hilfe seitens Amerikas keine Einwände vorgebracht habe. Sollte aber Amerika bereit sein, Polen eine umfangreiche Hilfe zukommen zu lassen, muss man mit Schwierigkeiten vonseiten der SU rechnen.

5) Also wieder normal schreiben...

Am 20. Januar bringt "Nowa Kultura" einen Aufsatz aus der Bundesrepublik, der weit von der bisjetzt geübten Schablone entfernt ist. Verfasser dieses Artikels ist ein junger Schriftsteller: Andrzej BRAUN. Wir lesen dort u.a. folgendes:

"Es scheint mir nicht richtig, dass wir über Westdeutschland nur durch solche Notizen informiert werden, in denen man schreibt, irgendein Nazi-General habe auf einer geschlossenen Versammlung dies oder jenes gesagt. Diese Art der Information, die sich auf Teilnachrichten stützt,

die noch dazu aus ihrem Zusammenhang herausgerissen werden, und das willkürlich, erinnert allzusehr an die gründlich kompromittierte Methode einer Berichterstattung über die kapitalistischen Länder, in dem man nur aufgrund der Unfallstatistik oder von Bildern aus den Leben der Arbeitslosen berichtete. Auf diese Art und Weise werden wir nie die Wahrheit über diese Länder kennenlernen. Man muss im Gegenteil darüber berichten, was die Menschen wirklich bewegt. Genauso wie es unwahr ist, dass 180 Mill. Amerikaner nur danach trachten, die Neger zu lynchen, so ist es auch unwahr, dass sich die Deutschen in der Bundesrepublik ausschliesslich mit Militarismus und "Kriegshetze" beschäftigen. Ganz im Gegenteil: Die Deutschen 'politisieren' viel weniger als wir und unterliegen weniger als wir jeglicher Kriegspsychose."